



JUNI 2015

**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

der Mai stand ganz im Zeichen von Streiks und Datensicherheit. NSA, BND, Kita-Streiks und GdL - das waren die Schlagworte des Monats.

Aber im Mai war politisch noch viel mehr los als nur das, was auf den ersten Seiten der Zeitungen erschienen ist. In meinem neuen Newsletter möchte ich einen kleinen Überblick darüber geben, was wir im Bundestag alles besprochen, diskutiert und beschlossen haben.

Sie wollen tagesaktueller informiert sein?

**Folgen Sie mir auf facebook
(auch ohne facebook-Konto!):**

[www.facebook.com/
BerndRuetzelMdB](http://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)

**Noch mehr Infos zu mir und
meiner Arbeit unter
www.bernd-ruetzel.de**

Neu auf meiner Internetseite ist der Wochenüberblick über all das, was im Plenum des Deutschen Bundestages aktuell auf der Tagesordnung steht.

Weiterhin finden Sie viele neue Seiten auf meiner Homepage, die einen Besuch lohnen: Berichte meiner PraktikantInnen, eine Übersicht über eine „typische“ Arbeitswoche in Berlin, alle meine „Klartexte“ seit Oktober 2013 und vieles mehr ... Reinklicken lohnt sich mehr denn je.

Und um meine Facebook-Seite anschauen zu können, müssen Sie nicht mal bei Facebook angemeldet sein! Einfach meine Facebook-Adresse eingeben und schon sind Sie ganz aktuell auf dem Laufenden.

Ich wünsche Ihnen schöne Pfingstferien und ein paar erholsame Tage, hoffentlich gutes Wetter und genügend Muße für die Lektüre meines Newsletters.

Beste Grüße

INHALT

- 2 ... Klartext: Stromtrassen
- 3 ... ErzieherInnen wertschätzen
- 5 ... Bayern barrierefrei!
- 10 ... Grüne Gentechnik
- 11 ... Franziska geht in die USA
- 12 ... Lisas Post aus den USA
- 13 ... Tag der Krankenpflege
- 13 ... Schnappschüsse
- 15 ... MdL-Gastbeiträge

KONTAKT/IMPRESSUM

Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13
97737 Gemünden
Tel. 09351 6036563
Fax 09351 6058298
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030 227 73434
Fax 030 227 76433
bernd.ruetzel@bundestag.de

www.bernd-ruetzel.de

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB
Obertorstraße 13

Aus dem PARLAMENT



Tarifeinheit und GDL-Streik



Am heutigen Freitag wurde das Gesetz zur Tarifeinheit im Bundestag verabschiedet. Anfang der Woche gab ich auf Phoenix ein Interview zur Notwendigkeit der Tarifeinheit und zum zu diesem Zeitpunkt noch laufenden Streik der GDL (siehe Foto: Nasepudern vor der Sendung). Ich habe grundsätzlich erst einmal für jeden Streik Verständnis. Schließlich ist er das einzige Mittel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Durchsetzung ihrer Ziele. Gewerkschaften sollen ihre Streiks aber nicht gegeneinander richten. Beim Wettbewerb der Arbeitnehmer untereinander gibt es keine Gewinner. Darin weiß ich mich einig mit dem DGB: Nicht Spalterei stärkt die Arbeitnehmerschaft, sondern der Zusammenschluss!

Das Video vom Interview finden Sie auf meiner Homepage und meiner Facebook-Seite!

KLARTEXT

Aigners Stromtrassen-vorschlag – erster Schritt zur späten Einsicht?

Schön, dass jetzt sogar die bayerische Wirtschaftsministerin Ilse Aigner begriffen hat, dass der Netzausbau für die Energiewende und zur sicheren Stromversorgung unverzichtbar ist. Anders kann ihre Kehrtwende in Sachen SuedLink nicht verstanden werden.

Kehrtwenden hat die Staatsregierung zu diesem Thema bereits zahlreiche hingelegt. Ich erinnere daran, dass Seehofer dem Bundesbedarfsplangesetz und damit der Notwendigkeit von SuedLink einst zugestimmt hat. Nach Fukushima musste es plötzlich ganz schnell gehen und die Wende von der Wende von der Energiewende wurde eingeleitet.

In den vergangenen Monaten hat die bayerische Staatsregierung dann viel Energie darauf verwandt, bei den Menschen den Eindruck zu erwecken SuedLink sei verzichtbar. Oder

doch nicht? Seit dem Himmelfahrts-Wochenende stellt sich das anders da. Der Vorschlag, SuedLink zu bauen - aber bitte außerhalb Bayerns - ist St. Florians-Prinzip in seiner prächtigsten Form!

Es bleibt das Geheimnis der bayerischen Staatsregierung, wie die Energieversorgung Süddeutschlands mit einem Trassenverlauf ausschließlich auf hessischem und baden-württembergischen Gebiet bis 2022, wenn das letzte AKW vom Netz geht, gewährleistet werden soll. Wir haben in Unterfranken energieintensive Unternehmen, deren Standort und Zukunft auf dem Spiel stehen. Offen bleibt auch, wie der Strom in die Regionen kommt. Soll der Netzanbindungspunkt Grafenrheinfeld aufgegeben werden?

Die bayerische Staatsregierung handelt grob verantwortungslos, wenn sie den Menschen vorspiegelt, Bayern könne seinen Wohlstand auch ohne den Ausbau der Stromnetze im eigenen Land wahren und mehren.

Aus dem PARLAMENT



ERZIEHUNGSBERUFE WERTSCHÄTZEN

Die Tarifverhandlungen für die Erzieherinnen und Erzieher in kommunalen Einrichtungen sind festgefahren. Gewerkschaften fordern eine finanzielle Aufwertung der Sozial- und Erziehungsberufe. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen an der Seite der Erzieherinnen und Erzieher, wenn es um die Anerkennung und die gerechte Entlohnung ihrer Arbeit geht!

In den aktuellen Tarifverhandlungen für die bundesweit 240.000 Erzieherinnen und Erzieher sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in kommunalen Einrichtungen geht es um eine Frage von großer gesellschaftspolitischer Tragweite. Die SPD unterstützt die Forderungen der Beschäftigten nach einer besseren Bezahlung in den erziehenden, sozialen und pflegenden Berufen.

Skandalöse Schlechterbezahlung von Frauen

Gerade die Initiativen der SPD-MinisterInnen und der SPD-Bundestagsfraktion für „gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit“



Am 11. Mai war der bundesweite „Tag der Kinderbetreuung“. Ich besuchte den Kindergarten Adelsberg und brachte Rosen für die MitarbeiterInnen als kleines Dankeschön für ihre Arbeit mit.

bei Frauen und Männern zielt auf eine bessere Bezahlung in diesen Berufen ab. Die europaweit auffallende Schlechterbezahlung von Frauen gegenüber Männern in Deutschland hat ja ihren tiefen Grund in der traditionell deutlich geringeren Entlohnung in den immer noch typischen Frauenberufen.

Ich bin sicher: Wären es klassische Männerberufe, unsere Gesellschaft würde sie längst besser bezahlen.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir die Attraktivität dieses Berufes – in materieller wie im-

materieller Hinsicht – erheblich steigern müssen.

Wer das Prinzip „Equal Pay“ ernst nimmt, der muss auch die sozialen und pflegenden Berufe besser vergüten. Das betrifft gerade die Erzieherinnen und Erzieher. Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass diese hochwertige und fachlich anspruchsvolle Tätigkeit als schlecht bezahlter sogenannter „Frauenberuf“ etikettiert wird.

Heute liegt der Anteil männlicher pädagogischer Fachkräfte in Kitas bei nicht einmal 2,5 Prozent. Das zu ändern ist eine wichtige

Aus dem PARLAMENT



gesellschaftspolitische Aufgabe für uns SozialdemokratInnen.

Ungleichheit bei der Ausbildung

Die fehlende Gleichbehandlung dieser Berufe beginnt bereits bei der Ausbildung: Es erscheint mir wenig zeitgemäß, dass diese Berufe immer noch schulische Ausbildungsberufe sind und nicht solche nach dem Berufsbildungsgesetz mit Ausbildungsvertrag und Ausbildungsvergütung.

Wie wichtig die Arbeit in den Kindertagesstätten ist, wissen wir alle spätestens, wenn unsere eigenen Kinder dort oftmals im wahrsten Sinne des Wortes „ihre ersten Schritte“ gehen.

Wenn der bedarfsgerechte Ausbau der frühkindlichen Bildung gelingen soll, dann muss unsere Gesellschaft bereit sein, pädagogische Fachkräfte leistungsgerecht zu entlohnen.

Nur so werden Kommunen und freie Träger im erforderlichen Umfang qualifiziertes Personal gewinnen können.

Chancengerechtigkeit für Kinder

Erhöhte Anstrengungen sind Investitionen in die Zukunft. Sie sind unverzichtbar, um Chancen-

gerechtigkeit für Kinder zu verwirklichen. Die Wertschätzung des Erziehungsberufes berührt nicht zuletzt die Lebenschancen von Eltern und Familien, weil nur die bedarfsgerecht ausgestattete Frühförderung die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sichert.

Mir ist sehr bewusst, in welcher angespannten Haushaltslage sich viele Kommunen derzeit befinden. Die SPD hat auf Bundesebene gerade in den letzten Jahren gezeigt, wie ernst sie es mit der kommunalen Entlastung meint. Unsere Bundestagsfraktion wird daher nicht in ihrem Bemühen nachlassen, für die kommunalen Haushalte zu spürbaren Entlastungen zu kommen.

Wir haben in dieser Woche den Nachtragshaushalt 2015 verabschiedet, der gerade den Kommunen zugutekommt und ihnen vor allem bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen finanzielle Hilfe gewährt.

Gerade sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker haben in den letzten Jahren viel unternommen, um den so wichtigen Berufsstand der Erzieherinnen und

Erzieher aufzuwerten und angemessen zu bezahlen. Die laufende Tarifrunde sehe ich als Chance, auf diesem Weg ein weiteres Stück voran zu kommen.

FINANZTRANSAKTIONSSTEUER: ZEIT IST REIF!

Anfang Mai hat das Netzwerk „Steuer gegen Armut“ über eine Million Unterschriften für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer an Bundesfinanzminister Schäuble übergeben. Diese Zahl zeigt: Die Zeit für eine Finanztransaktionssteuer ist reif. Europaweite Aktionen machten deutlich, dass die Finanztransaktionssteuer ein europäisches Projekt ist, das in vielen Ländern die Menschen bewegt.

Eine Million Unterschriften sind auch eine klare Aufforderung an die Politik, bei den laufenden Verhandlungen ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Dazu dürfen nicht allein nationale Interessen im Vordergrund stehen.

Die SPD-Fraktion bleibt dabei, dass nur eine umfassende Steuer schädliche Spekulationen eindämmen kann.

Aus dem PARLAMENT



INKLUSION BEWEGT, RENTIERT SICH UND KANN JETZT GELINGEN

In diesem Dreiklang schreitet die Teilhabe von Menschen mit Behinderung in Deutschland voran. Die Chancen für mehr Inklusion sind real. Mit Verena Bentele als Behindertenbeauftragte der Bundesregierung gewinnt das Bundesteilhabegesetz (BTHG) an Fahrt.

Unterstützt wird sie von den bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten. Die bayerische Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion hat daher in Berlin zum Fachforum „Inklusion“ eingeladen. Fachpolitiker der Landesgruppe, Praktiker, Ulla Schmidt, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages sowie Vorsitzende der Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V., und Verena Bentele diskutierten mehrere Stunden darüber, wie Inklusion wirklich gelingt.

Verena Bentele betonte: „Vielfalt ist Gewinn! Barrierefreiheit und das Recht auf Unterstützung führen zu Chancengleichheit, Konkurrenzfähigkeit und Unabhängigkeit von Menschen mit Behin-



Bayern ist längst nicht barrierefrei! Ortstermin in Veitshöchheim mit Ilse Hohmeier und Sibylle Brandt, der Landesvorsitzenden unserer SPD-Arbeitsgemeinschaft „Selbstaktiv Menschen mit Behinderung in der BayernSPD“. Sibylle hatte die Idee zur Kampagne! Hier an der Bushaltestelle zeigte sie mir, wie schwierig es für RollstuhlfahrerInnen ist, viele Schilder zu lesen, die zu hoch aufgehängt sind. Das sind „kleine“ Barrieren, die aber für viele Menschen eine unüberwindbare Hürde darstellen. Nur mit Hilfe von Passanten können viele RollstuhlfahrerInnen die Schilder lesen. Freies, selbstbestimmtes Leben sieht anders aus!

derung. Unsere Menschenrechte dürfen nicht davon abhängen, ob wir einer schwarzen Null im Bundeshaushalt folgen oder nicht.“ Ein besonderer Fokus des Abends lag dank Ulrike Bahr, der familienpolitische Sprecherin der Landesgruppe, beim Thema Inklusion in der Kinder- und Familienpolitik.

Fünf Forderungen stellen wir als SPD in den Mittelpunkt:

>> Soziale Teilhabe ist ein Menschenrecht und deshalb muss es Barrierefreiheit auf allen Ebenen geben – für Rollstuhlfahrer ebenso wie z.B. für Gehörlose oder sehbehinderte Menschen.

>> Die aktuell unübersichtlichen Zuständigkeiten der sozialen Träger für Menschen mit Behinderung müssen vereinfacht und vereinheitlicht werden, damit sinnvoll und individuell beraten werden kann.

>> Der Arbeitsmarkt muss durchlässig werden für Menschen mit Behinderung und auch dafür muss die Aus- und Weiterbildung für diese Menschen verbessert, individualisiert werden.

Aus dem PARLAMENT



>> Menschen mit Behinderung müssen Geld verdienen und sparen dürfen.

>> Menschen mit Behinderung brauchen ein Recht auf dauerhafte Assistenz, um z.B. dort wohnen zu dürfen, wo sie wollen und um nicht nur „im Rudel in die Stadt fahren zu müssen“ (Ulla Schmidt).

Ulla Schmidt forderte in ihrer Rede, Menschen mit Behinderung aus der sozialen Ecke zu holen. Sie seien ein Gewinn für die Gesellschaft und deshalb seien alle in der Pflicht, den Weg zur Inklusion zu ebnen. Nicht die Menschen müssten dem Geld folgen, sondern das Geld den Menschen, sagte Ulla Schmidt.

Unser Haushaltsexperte Ewald Schurer betonte, es sei genügend Geld in den Kassen, um Inklusion finanzieren zu können. Marianne Schieder, stellvertretende Vorsitzende der Landesgruppe Bayern, moderierte den Abend und fasste ihn unter Bezug auf die Worte von Max Weber zusammen: „Inklusion ist ein perfektes Beispiel für Politik – es bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft

und Augenmaß zugleich. Doch ich bin zuversichtlich, dass wir jetzt endlich nicht immer nur reden, sondern dass Taten folgen. Für uns alle ist Verena Bentele ein Glücksfall für die Sozialdemokratie und außerdem ein Glücksfall für alle Menschen mit Behinderung.“

Der SPD ist es gelungen, erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland die Belange von Menschen mit Behinderungen in einem Koalitionsvertrag aufzunehmen.

Ein Bundesteilhabegesetz, das den Anspruch auf Selbstbestimmung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen festschreibt, ist greifbar nahe. Inklusion ist ein Menschenrecht, das in der UN-Behindertenrechtskonvention festgeschrieben ist. Sie wurde von Deutschland unterzeichnet. Wir haben nun die Pflicht, dieses Papier mit Leben zu füllen. Wir arbeiten daran!

Bayern barrierefrei

Im Alltag sind nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern auch Ältere, Familien mit Kindern oder Reisende von Hürden unterschiedlichster Art betroffen.



Sibylle Brandt zeigt mir hier, wie schwierig Kopfsteinpflaster für Blinde ist. Ihr Stock bleibt in den großen Fugen hängen, ein Fortkommen ist kaum möglich.

Wir alle kommen im Laufe unseres Lebens mit Barrieren in Berührung, die das alltägliche Leben einschränken oder erschweren.

Die SPD will, dass jeder Mensch in seinem Leben die gleichen Chancen bekommt. Barrierefreiheit ist die Grundlage dafür und steht daher im Mittelpunkt unserer Politik. Wir werden Barrieren in der Gesellschaft Schritt für Schritt beseitigen: im öffentlichen sowie im privaten Nah- und Fernverkehr, im Bauwesen, in

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



Schulen, Bildungsstätten und am Arbeitsplatz, im Gesundheitswesen, Pflege, Habilitation und Rehabilitation, in Kultur- und Freizeiteinrichtungen, in Tourismus, Umwelt, Energie und Technik.

Daher hat die BayernSPD die Aktion „Bayern Barrierefrei“ ins Leben gerufen.

Es geht darum, Barrieren im Alltag zu dokumentieren, zu sammeln und dann die Beseitigung dieser Barrieren anzugehen.

Die CSU-geführte Staatsregierung hat hier anfangs viel versprochen und bricht schon jetzt diese Versprechen. Horst Seehofer wähnt Bayern im Jahre 2023 barrierefrei – aber machen sollen das die anderen, nicht die Landesregierung. Wir hingegen sagen: Kommunen und Privatleute, ÖPNV-Träger und öffentliche Institutionen wie Universitäten und Schulen brauchen hierfür mehr Unterstützung vom Freistaat. Taten statt Worte! Wir fangen mit unserer Aktion damit an.

Machen auch Sie mit und schicken Sie Fotos von Barrieren in unserer Heimat nach München!

Mehr hierzu auf www.bayernbarrierefrei.de

Auch ich bin in Unterfranken unterwegs und schaue mir an, wo Barrieren den Alltag behindern. Hier (und schon auf den letzten beiden Seiten) Impressionen meiner ersten Stationen. Weitere folgen.



Selbst bereits abgesenkte Bordsteine sind für viele RollstuhlfahrerInnen eine kaum überbrückbare Barriere. Ich habe mich in Veitshöchheim selbst davon überzeugt: Nur mit Geschick und viel Kraft kommt man auf den Gehweg. Wer beides nicht hat, ist auf Hilfe angewiesen.



In Karlstadt traf ich mich mit (v.l.) Franz-Karl Hammer (AWO-Karlstadt), Harald Schneider (SPD-Kreisvorsitzender) und Emil Wahler (VdK-Karlstadt) auf dem Marktplatz. Auch hier das Problem: Historischer, optisch schöner Plasterbelag contra Barrierefreiheit. Weder gibt es Orientierungsrillen für Blinde noch flache Fahrspuren für Rollstühle, Kinderwägen und Rollatoren.

Noch mehr Fotos und Infos zur Barrierefrei-Kampagne und meiner politischen Arbeit in Berlin und Unterfranken unter www.bernd-ruetzel.de

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



Vor Ort mit den SPD-Stadträten Dr. Rolf Janniak (im Rollstuhl) und Volker Peter: Die Synagoge in Arnstein wurde vor drei Jahren restauriert. Ein finanzieller Kraftakt für den Förderverein. Mit einer Förderung durch den Freistaat wäre vielleicht auch eine Rampe möglich gewesen ...



Ortstermin in Thüngersheim: Wie hier sind viele Bahnhöfe in Bayern für Rollstühle, Kinderwägen und Rollatoren nicht erreichbar. Ohne Förderung durch das Land wird es noch viele Jahre dauern, bis die Deutsche Bahn alle Bahnsteige barrierefrei zugänglich machen kann! Hier ist Seehofer besonders gefragt - und duckt sich weg!



Am Bahnhof Retzbach mit Harald Schneider: Der Fußgängertunnel macht hier seinem Namen alle Ehre. Denn wer nicht zu Fuß unterwegs und auf einen Rollstuhl angewiesen ist, kommt nicht zu den Gleisen.

In Margetshöchheim traf ich mich mit der stellvertretenden Landrätin Christine Haupt-Kreutzer und dem SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Werner Stadler. Rund um Sparkasse und Bushaltestelle Falkenstraße besichtigten wir die extra hohen

Bordsteine, die für Rollstuhlfahrer alleine nicht zugängliche Sparkassen-Filiale und die Bushaltestelle, die nicht nur unzugänglich ist für Menschen mit Behinderung, sondern auch gefährlich für alle anderen Fahrgäste. Sehen Sie selbst:



Vor Ort in

UNTERFRANKEN



In Miltenberg traf ich mich mit Landrat Jens Marco Scherf. Der Bahnhof dort ist der viertgrößte in ganz Unterfranken - und größtenteils nicht barrierefrei!



In Zell am Main traf ich mich mit Gemeinderätin Claudia Ullrich und dem dritten Bürgermeister Sebastian Rütthlein. Auch hier: viel zu hohe Bordsteine und vor allem eine Treppe zur Kirche, die für viele Menschen mit und ohne Behinderung unüberwindlich ist.

In Würzburg war ich mit Georg Rosenthal unterwegs. Eine Station war der Hauptbahnhof. Und dort ging es ausnahmsweise mal nicht um die fehlenden barrierefreien Zugänge zu den Gleisen - die sind ja in Planung. Sondern es ging um den Busbahnhof, der in Sachen Auszeichnung und Begehbarkeit ein absolutes Negativbeispiel in Sachen Barrierefreiheit darstellt. Auf dem Foto sieht man den extra betonierten Zugang zum Bussteig. Schöner wäre es für die RollstuhlfahrerInnen und KinderwagenschieberInnen, wenn nicht gleich wieder Schluss wäre. Ein echter Schildbürgerstreich, diese Rampe genau dort zu platzieren, wo dann die Litfaßsäule den Weg versperrt ...

durch Würzburg und von weiteren Terminen zum Thema „Bayern barrierefrei“ gibt es dann in meinem nächsten Newsletter.



Weitere Fotos von meiner Tour

Aus dem PARLAMENT



GENTECHNIK-PFLANZEN VERBIETEN!

Die SPD-Bundestagsfraktion will den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Deutschland verhindern. Mit unserem Beschluss von Mitte Mai „Vorbehalte der Bevölkerung ernst nehmen – Koalitionsvertrag umsetzen“ machen wir unmissverständlich deutlich: Die EU-Regelung zum sogenannten Opt out und die damit eröffneten Möglichkeiten, den Anbau national zu untersagen, muss konsequent im Sinne des Koalitionsvertrags genutzt werden. Die nationale Umsetzung der EU-Regelung muss so ausgestaltet werden, dass der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen grundsätzlich und bundesweit verboten werden kann, damit unser Äcker und die Umwelt gentechnikfrei bleiben.

Zudem fordern wir, dass sich Deutschland bereits bei Zulassungsverfahren auf EU-Ebene kritisch positioniert und die bisherige Enthaltungspraxis beendet wird sowie eine stärkere Gewichtung gentechnikkritischer Forschung. Die Verbraucherinnen



und Verbraucher lehnen mit großer Mehrheit gentechnisch veränderte Pflanzen auf dem Acker und auf dem Teller ab. Auf Druck der SPD ist deshalb im Koalitionsvertrag vereinbart worden, die Vorbehalte der Bevölkerung gegen die Grüne Gentechnik anzuerkennen. Wir sind also auf dem richtigen Weg, auch wenn die Union weiter bremst.

MITTELSCHULE MARKTHEIDENFELD ZU BESUCH IM BUNDESTAG

Auf meine Einladung hin besuchte Mitte Mai die Klasse 9b der

Mittelschule Marktheidenfeld den Deutschen Bundestag.

Sie konnte eine spannende Debatte von der Besuchertribüne des Plenarsaales im Reichstagsgebäude verfolgen. Themen waren u.a. die diplomatischen Beziehungen zu Israel und die Asylpolitik.

Anschließend traf ich sie zum einstündigen, höchst interessanten Gespräch. Klassenlehrer Rainer Wetz war überzeugt: „Nach dem Besuch sehen wir die Arbeit eines Politikers mit anderen Augen. Wir haben ein sehr viel positiveres Bild.“

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



FRANZISKA RITTER GEHT IN DIE USA



Lisa kommt, Franziska geht – das Parlamentarische Patenschaftsprogramm des Deutschen Bundestages und des Amerikanischen Kongresses (PPP) hat ab August ein neues Gesicht aus unserer Region: Franziska Ritter aus Gemünden-Adelsberg fliegt für ein Jahr in die USA, lebt dort bei einer Familie in einem Vorort von Boston in Massachusetts und geht dort auch zur Schule. Mehr zum Austauschprogramm unter www.bundestag.de/ppp

Franziska Ritter im Gespräch:

Wie bist Du auf das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP) aufmerksam geworden?

Durch einen Zeitungsartikel in der Main-Post wurde ich auf das



PPP aufmerksam und daraufhin habe ich mich auf der Internetseite des Deutschen Bundestages informiert, mir die Videos über PPPler aus Amerika angeschaut und Erfahrungsberichte anderer Stipendiaten im Internet angesehen.

Was erwartest Du Dir von dem Jahr in den USA?

Ich hoffe, dass ich während meines Auslandsjahres in den USA viele neue Menschen, die eine andere Kultur haben, kennenlernen und meine englischen Sprachkenntnisse verbessern kann. Ich freue mich darauf, in einer anderen Familie mit anderen Traditio-

nen und Lebensstilen zu leben, Erfahrungen zu sammeln und daraus zu lernen.

Kennst Du die USA schon? Was glaubst Du, erwartet Dich dort?

Ich habe schon einmal in New York Urlaub gemacht und ich war sehr begeistert. Damals wusste ich gleich, dass ich auf jeden Fall wieder in die USA kommen werde. Außerdem habe ich schon viele amerikanische Filme gesehen und möchte nun die Realität kennenlernen. Das Leben in einer amerikanischen Familie wird sicher sehr ungewohnt für mich sein, auch der Schulalltag ist sicher ganz anders als bei uns,

Vor Ort in

UNTERFRANKEN




aber gerade das finde ich so interessant. Ich hoffe, dass ich viele positive Erlebnisse und Eindrücke in diesem Jahr sammeln kann.

Wie ist denn Dein Eindruck von Deinem Betreuungsabgeordneten?

Ich freue mich sehr, dass Herr Rützel die Patenschaft für mich übernommen hat. Er war bei meinem ersten Gespräch total nett und locker. Ich finde es toll, dass er mir viel über seine Arbeit erzählt hat und mir angeboten hat, dass ich mich bei Fragen und Problemen immer an ihn wenden kann. Er hat mich auch eingeladen, bei einem Treffen mit der Umweltministerin in Gemünden teilzunehmen. Das fand ich auch super. Da ich aber mit meiner Schule an einem Schüleraustausch teilgenommen habe, konnte ich leider nicht kommen.

LISAS POST

AUS DEN USA

2014/15 auf meine  Einladung hin mit dem Parlamentarischen Patenschaftsprogramm in den USA: Lisa Bonengel aus Wiesthal. Hier ihr monatlicher Bericht:

Germanisierung?! Wusstet Ihr eigentlich, dass Amerikaner mit deutscher Abstammung die größte Bevölkerungsgruppe in den USA darstellen? Die ersten Deutschen kamen bereits im 17. Jahrhundert in die USA und noch heute ist der deutsche Einfluss allgegenwärtig. So findet man nicht nur unzählige Städtenamen wie Hamburg, Berlin und Frankfurt in den USA, sondern auch deutsches Essen wie Bratwurst, Brezel und Strudel. Mir begegnen hier viele Amerikaner mit deutschen Nachnamen und natürlich bleibt mir dann auch nicht vorenthalten, dass ihre Ur-Ur-Ur-Großeltern vor vielen Jahrzehnten in die USA ausgewandert sind. Feste wie das Oktoberfest sind in vielen Orten sehr angesagt. Übrigens gibt es hier auch Aldi, der zweimal im Jahr eine deutsche Woche veranstaltet. Kein Wunder also, dass das Thema Heimweh bei mir bisher noch nicht so wirklich aufkommen wollte, oder?

Germanization?! Did you know that Americans with German ancestry represent the largest population group in the United States? The first Germans arrived



in the US in the 17th century, and today the German influence is omnipresent. Not only are many cities named Hamburg, Berlin and Frankfurt, but also many German foods such as bratwurst, pretzels and strudel may be found. I have encountered several Americans with German surnames, and then of course, they also tell me that their great-great-grandparents immigrated decades ago to the United States. Traditions such as Oktoberfest are also very popular in the US. Even Aldi, which organizes a German week twice a year, is becoming common in many cities. Can you see, then, that homesickness has not really been a problem?

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



SCHNAPPSCHÜSSE



Am 2. Mai beging die Freiwillige Feuerwehr Gemünden den Florianstag. Die SPD-Stadtratsfraktion war komplett anwesend.



Bei der Polizeiinspektion Markttheidenfeld habe ich vom Dienststellenleiter Wolfgang Gmelch unter anderem erfahren, dass die Markttheidenfelder seit Jahren einen Spitzenplatz bei der Aufklärungsquote belegen.

140 Jahre Freiwillige Feuerwehr Mühlbach Mitte Mai: Mit dabei die Partnergemeinde Mühlbach/Südtirol. Beim jetzigen 1. Vorsitzenden Bernhard Kübert habe ich die Lokomotivführer-Ausbildung



Anlässlich des Internationalen Tags der Krankenpflege am 12. Mai habe ich mich im BRK-Servicecenter für ambulante Dienste des Kreisverbands Miltenberg-Obernburg über die vielfältigen Dienste der Kranken- und Altenpflege informiert. Ich konnte mich von der großen Motivation und Fachkompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überzeugen und habe mich mit einem kleinen Blumengruß für ihren wichtigen Einsatz bedankt.

gemacht. Ist schon 19 Jahre her!
Wie die Zeit vergeht ...



Das Waldfest der SPD Zellingen war wieder einmal ein schöner Termin für mich. Ich komme gerne wieder. Ich nutzte die Ge-



legenheit und tauschte mich auch mit dem Zellinger Bürgermeister Dr. Wieland Gesell über die Kommunalpolitik vor Ort aus.

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



Mitte Mai besuchte ich die Schreinerei Otte in Mittelsinn. Chef Alexander Otte samt Geselle, Azubi und Teilzeitkraft sind das beste Beispiel dafür, wie fleißige Handwerker das Fundament unserer Gesellschaft bauen. Ökologische und nachhaltige Produkte werden hier geschaffen, vom Küchen-Lifting bis zu Türen, Fenstern, Böden und individuellen Möbeln. Diese starke Teamarbeit hat mich beeindruckt.



Ich werde Anfang Juli Schirmherr des Jubiläumsfestes des Schützenvereins Mittelsinn. Und da ich so eine Schirmherrschaft sehr ernst nehme, habe ich bereits

jetzt den Schützenbrüdern und -schwestern einen Besuch abgestattet. Natürlich habe ich auch geschossen. Ergebnis: 221 Ringe bei 40 Schuss. Ausbaufähig.



Der Spielmanszug der königlich-bayerischen Landwehr Esselbach feierte Mitte Mai sein 60. Jubiläum. Sie waren schon in Asien, USA, Kanada, Brasilien, Indien, Russland und beim Papst – Aushängeschilder für unseren Landkreis und musikalische Botschafter, wie wir sie uns nur wünschen können! Gratulation!

Am 12.05. war bundesweiter EU-Projekttag in den Schulen. Daher besuchte ich das Balthasar-Neumann-Gymnasium in Markt-

heidenfeld und sprach mit den Schülerinnen und Schülern über die konkreten Auswirkungen der EU auf unser Alltagsleben und die Situation in der Ukraine, die Folgen der Finanzkrise und die Möglichkeit einer gemeinsamen europäischen Armee. Dank des großen Engagements der jungen Menschen hat mir die Diskussion viel Freude gemacht!



Am 1. Mai war ich auf der großen Kundgebung in Würzburg mit ca. 800 TeilnehmerInnen. Vieles haben wir (Gewerkschaften + SPD) im letzten Jahr gemeinsam erreicht. Sylvia Bühler vom Verdi-Bundesvorstand hat sehr gut gesprochen!



Vor Ort in

UNTERFRANKEN



MdL VOLKMAR HALBLEIB

Haushaltspolitischer Sprecher
und Parl. Geschäftsführer der SPD-
Landtagsfraktion, Abgeordneter für
WÜ-Land und Betreuungsabgeordneter
für Kitzingen

ZUKUNFTSGERICHTETE POLITIK IN BAYERN

Die Unternehmensberater von McKinsey haben mit einer Studie aufhorchen lassen: Bayern sei auf die sich abzeichnenden gesellschaftlichen Umbrüche, die durch Digitalisierung und durch neue Arbeitsformen entstehen, nicht in ausreichendem Maße vorbereitet.

Wie groß sind also Reformfreude und Beweglichkeit des Freistaats? Zweifellos – die aktuellen wirtschaftlichen Daten sind gut. Auch die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft gegenüber Krisen

ist stark, ebenso ist die Patentrate hoch. Bei der Einkommensverteilung jedoch ist das Gefälle zwischen Arm und Reich im Freistaat besonders hoch. Auch beim schnellen Internet liegt Bayern im deutschen Vergleich und international auf hinteren Plätzen. Und wenn es um die Innovationskraft geht, sie zeigt sich u. a. an der Zahl der Unternehmensgründungen, liegt Bayern nur im Mittelfeld. Zudem gibt es in Bayern eine große Ungleichheit bei den Bildungschancen.

Auch wenn die Staatsregierung immer wieder behauptet, dass Bayern in vielen politischen Feldern auf Top-Plätzen liegt: Bayern hat sich auf die Herausforderungen der Zukunft noch nicht eingestellt. Wir als SPD-Landtagsfraktion werden die Ergebnisse der Studie nicht ignorieren, sondern vielmehr in unsere Arbeit einfließen lassen.

Ihr

Volkmar Halbleib, MdL

Bürgerbüro Volkmar Halbleib

Semmelstraße 46, 97070 Würzburg

Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030

E-Mail: volkmar-halbleib@
bayernspd-landtag.de



MdL Martina Fehlner

Tourismuspolitische Sprecherin der
SPD-Landtagsfraktion, Abgeordnete für
AB-West und Betreuungsabgeordnete
für AB-Ost und Miltenberg

Liebe Leserinnen und Leser,

die privaten Hörfunk- und Fernsehanbieter und die Zeitungen in Bayern leisten einen maßgeblichen Beitrag zur regionalen Medienvielfalt. Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 17.12.2014 ist es nun zulässig, dass regionalisierte Werbung auch von überregionalen TV-Medien akquiriert werden kann.

Die SPD-Landtagsfraktion verteidigt nachdrücklich die regionale Medienlandschaft gegen Konzerninteressen, wie sie leider auch von der Staatsregierung vertreten werden. In einem Dringlichkeitsantrag haben wir

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



daher gefordert, dass regionale Werbemärkte für nationale TV-Sender tabu bleiben müssen.

Mit der Freigabe regionaler Werbung für nationale Anbieter werden die regionalen Medien in ihrer Existenz bedroht - mit weitreichenden Folgen für den Lokaljournalismus. Dieser ist aber eine Basis für politische Meinungsbildung und Teilhabe in der demokratischen Gesellschaft. Wir werfen dem Ministerpräsidenten vor, ohne Not einen bundesweiten Konsens aufgekündigt und sich auf die Seite von ProSieben/Sat.1 gestellt zu haben.

Die Umschichtung der Werbebudgets in Bayern wird vor allem auf Kosten der Zeitungen gehen. Durch ihre Haltung gefährdet die Staatsregierung eine zuverlässige Berichterstattung über unsere Heimatregionen, journalistische Qualität und publizistische Vielfalt. Was wir aber brauchen, das ist unabhängiger Qualitätsjournalismus auf allen Ebenen!

Abgeordnetenbüro

Martina Fehlner, MdL

Goldbacher Straße 31, 63739

Aschaffenburg, Tel: 06021 22244,

Fax: 06021 451604,

buergerbuero@martina-fehlner.de



Foto: Katrin Heyer

MdL GEORG ROSENTHAL

**Sprecher der unterfränkischen SPD-
Abgeordneten im Bayerischen Landtag,
Abgeordneter für Würzburg-Stadt und
Betreuungsabgeordneter für MSP**

Geriatrien helfen Menschen im vierten Lebensalter, brauchen aber eine bessere Finanzierung

Eigentlich sind sie Konkurrenten. Doch beide treibt die gleiche Sorge um: Sowohl die Geriatrie des Bürgerspitals zum Heiligen Geist als auch die Geriatrie der AWO leiden unter einer mangelhaften Honorierung ihrer Arbeit durch die Krankenkassen. Seit Jahren schreiben die Abteilungen rote Zahlen. Nur über Querfinanzierungen gelingt es den Einrichtungen, die Verluste auszugleichen.

Bei einem Gespräch, das die SPD-Gesundheitsexpertin Kathi Petersen aus Schweinfurt und ich mit den verantwortlichen Leitern, Stiftungsdirektorin Annette Noffz

und Chefarzt Dr. Michael Schwab sowie AWO-Verwaltungsdirektor Karlheinz Baum und Chefärztin Kathrin Tatschner, geführt haben, wurde deutlich, dass sich die Krankenkassen hier auf einem Irrweg befinden.

Die meist über 80 Jahre alten Menschen haben unsere Wertschätzung verdient. Die Therapieangebote der Geriatrien sind für sie wertvolle Hilfe, die ihnen auch noch in einem hohen Lebensalter ein weitgehend eigenständiges Leben ermöglichen. Auch für die Krankenkassen lohnen sich die Ausgaben: Am meisten kosten pflegebedürftige Patienten, die das Bett nicht mehr verlassen können.

Während in der Palliativmedizin und den Hospizen nach langem Kampf eine deutlich bessere Finanzierung erreicht wurde, darf unsere Gesellschaft die Menschen nicht vergessen, die nach den Verwüstungen des Weltkriegs unsere Demokratie aufgebaut hat.

Abgeordnetenbüro

Georg Rosenthal

Semmelstraße 46, 97070 Würzburg

Tel: 0931 99110-161, Fax: -162

buergerbuero@georg-rosenthal.de